

# Lichtenstein-Galaberger Tageblatt

## früher Wochen- und Nachrichtenblatt

zugleich

Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau und Rüssen.  
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

40. Jahrgang.

Nr. 289.

Sonnabend, den 13. Dezember

1890.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pf. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 179, alle Kaiserl. Postämtern, Postboten, sowie die Ausdräger entgegen. — Inserate werden die viergehaltene Korpusseite oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr.

### Bekanntmachung.

Vom diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen sind das 12. Stück, und vom diesjährigen Reichs-Gesetzblatt die Nummern 31 bis mit 34 erschienen und für die nächsten 14 Tage zu jedermanns Einsicht in hiesiger Polizeipostamt ausgelegt worden. Dieselben enthalten:

#### a. Gesetz- und Verordnungsblatt.

- Nr. 68. **Verordnung** zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 29. Juli 1890, betreffend die Gewerbeurtheile vom 25. Oktober 1890.
- Nr. 69. **Verordnung**, die Enteignung von Grundeigentum eines Ladegleises nebst Ladestraße auf dem Bahnhofe Schönheide der Chemnitz-Arderfer Bahn betreffend vom 1. November 1890.
- Nr. 70. **Verordnung**, die Abtretung von Grundeigentum zur Erbauung einer schmalspurigen Eisenbahn von Wolfenstein durch das Preßnitzthal nach Böhmstadt, sowie der erforderlichen Anschlußgleise betreffend vom 5. November 1890.
- Nr. 71. **Bekanntmachung**, die Eröffnung des Betriebes auf der schmalspurigen Sekundäreisenbahn Mägeln bei Pirna-Gersing-Altenberg betreffend vom 12. November 1890.
- Nr. 72. **Bekanntmachung**, die Eröffnung des Betriebes auf der schmalspurigen Privateisenbahn Zittau-Dyblin mit der Zweiglinie Bertsdorf-Jonsdorf betreffend vom 15. November 1890.
- Nr. 73. **Gesetz**, die Beglaubigung von Privaturlanden betreffend vom 4. November 1890.
- Nr. 74. **Verordnung** zur Ausführung des Gesetzes, die Beglaubigung von Privaturlanden betreffend vom 5. November 1890.
- Nr. 75. **Kostengesetz** vom 5. November 1890.
- Nr. 76. **Verordnung**, das Inkrafttreten des Kostengesetzes vom 6. November 1890 betreffend vom 7. November 1890.

- Nr. 77. **Verordnung**, die Ausstellung von Urkunden über Einträge im Grund- und Hypothekeneuch betreffend vom 8. November 1890.
- Nr. 78. **Gesetz**, die Zustellung und Bestellung von Schriftstücken in Angelegenheiten der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit betreffend vom 10. November 1890.
- Nr. 79. **Verordnung**, die Bestellung nicht zuzustellender Schriftstücke betreffend vom 11. November 1890.
- Nr. 80. **Bekanntmachung**, die Eröffnung des Betriebes auf der normalspurigen Sekundäreisenbahn Baußen-Königswarthe betreffend vom 27. November 1890.
- Nr. 81. **Verordnung**, die Abtretung von Grundeigentum zum Umbau der Dresdener Bahnhöfe und der Ausführung der damit zusammenhängenden neuen Bahn- und sonstigen Anlagen betreffend vom 22. Novbr. 1890.

#### b. Reichs-Gesetzblatt.

- Nr. 1920. **Verordnung**, betreffend die Konsulargerichtsbarkeit in Samoa vom 29. Oktober 1890.
- Nr. 1921. **Verordnung** über die Inkraftsetzung des Gesetzes, die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1890 und 25. November 1890.
- Nr. 1922. **Verordnung**, betreffend das Verfahren vor die auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichten vom 1. Dezember 1890.
- Nr. 1923. **Verordnung**, betreffend die Aufhebung des Verbots der Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch und Würsten dänischen, schweidischen oder norwegischen Ursprungs vom 5. Dezember 1890.

Lichtenstein, am 11. Dezember 1890.

Der Rat zu Lichtenstein.

Fröhlich.

### Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 11. Dezbr.

1/4 Uhr. Am Bundesrätische: von Captivi, von Bötticher, von Malgahn. Die erste Etatsberatung wird fortgesetzt.

Abg. Bebel (Soz.): Die Art, in welcher die Herren rechts sich gegen die Beseitigung der Lebensmittelfteuern wenden, läßt erkennen, daß auch sie merken, wie es mit ihrer Herrlichkeit zu Ende geht. Und das ist gut. Die Thatfache, daß die ländlichen Arbeiter in Scharen nach den Städten eilen, beweist die Unrichtigkeit der Behauptung, daß die ländlichen Arbeiter und die kleinen Besitzer Nutzen von den Schutzzöllen haben. Auf dem platten Lande liegen die Verhältnisse so mißlich, daß stellenweise sogar ein Rückgang der Bevölkerung stattfindet und man es nun mit allen möglichen Mitteln versucht, die sogenannte Sachfengerei zu bekämpfen. Die ländlichen Arbeiterverhältnisse liegen in verschiedenen Bezirken geradezu elend. Die Gutbesitzer geben oft für ihre Schweinehälle mehr Geld aus, als für Arbeiterwohnungen. Bezahlen Sie die Leute ordentlich und behandeln Sie sie ordentlich, dann werden sie schon zu Hause bleiben. Freilich ist uns wohlbekannt, daß es nicht so leicht ist, eine sozialistische Agitation unter den ländlichen Arbeitern einzuleiten; allein wir sammeln schon fleißig Material und Sie werden ja sehen, was wir anrichten. Es wird uns immer zum Vorwurf gemacht, wir wollen die Religion beseitigen. Die Religion ist Privatsache, die Sittlichkeit ist die Hauptsache. Sie wissen ja ebenso gut, wie ich, daß auch in Kreisen, welche als streng religiös gelten, oft genug grobe Unsitlichkeiten vorkommen. Schaffen Sie nur dort Besserung. Wir halten auf Sittlichkeit, dagegen ist z. B. bei dem weiblichen Teile der ländlichen Bevölkerung in hohem Maße die Unsitlichkeit eingedrungen infolge des Verhaltens der Gutbesitzer, ihrer Beamten und der Offiziere während der Manöver. (Große Unruhe) Ich kann nur wiederholen. Bevor Sie uns bessern wollen, denken Sie nur an sich selbst. Der Vorteil aus den Getreidezöllen, der Zucker- und der Branntweinsteuer kommt einigen wenigen Großgrundbesitzern zu Gute, in deren Besitz immer mehr und mehr kleine Grundstücke übergehen. Die indirekten Steuern werden hauptsächlich von Arbeitern aufgebracht, sie drücken schwer und haben allgemeinen Unwillen erregt. Darum müssen sie fort. Das wissen wir auch, daß

kein Staat ohne Steuern bestehen kann, aber diejenigen sollen am meisten steuern, die dem Staate den größten Schutz verdanken, die Besten. Heute ist das nicht der Fall. Die Hoffnung auf eine Spaltung der Sozialdemokratie ist ebenso vergeblich, wie die Hoffnung auf ein gewalttames Eingreifen unsererseits. Auch irren Sie sich, wenn Sie hoffen, daß Sie mit ihrer Armee sich auf die Dauer eine Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie schaffen. Unsere Ideen werden in demselben Maße sich verbreiten, wie die gegenwärtige Wirtschaftspolitik sich entwickelt. Diese Entwicklung giebt uns ohne alle Gewalt die heutige Gesellschaft in die Hände.

Abg. Windthorst (Chr.): Man hat mir gestern wegen meiner Begünstigung der Kolonialpolitik Vorwürfe gemacht. Ich bleibe aber doch bei meiner Ansicht stehen. Das Deutsche Reich hat auch Pflichten in Afrika und es kann sich den Kulturaufgaben nicht ohne weiteres entziehen. Auch an meiner Gesinnung bezüglich der Alters- und Invalidenversicherung hat sich nichts geändert. Die Vorteile, welche sie den Arbeitern bietet, sind nicht gering, und man wird sie auch später noch anerkennen. Die Mängel, welche heute im sozialen Leben zu Tage treten, liegen nicht in unserer Gesellschaftsordnung, wie die Sozialdemokratie behauptet, sondern nur in dem Mißbrauch gesellschaftlicher Vorrechte durch Einzelne. Dem wollen wir eben durch die Sozialgesetzgebung steuern. Wir bieten den Arbeitern Positives, was bietet aber die Sozialdemokratie? Phrasen! Warum legt denn Herr Bebel keine neue Gesellschaftsordnung vor, damit Jeder sehen kann, was geschehen soll? Das Auftreten gegen die Religion verheißt ich nicht; sieht denn Herr Bebel nicht ein, daß ein Mensch, welcher nicht an Gott glaubt, zum Tier herabsinkt? Reut denn Herr Bebel die Rohheit der Massen nicht? Ich achte die großen Fähigkeiten des Vorredners und bedaure sehr, daß er sich nicht auf dem Boden des bestehenden Staatsrechts bewegen will. Er würde bei seinem Talent dann wirklich viel für die Arbeiter erreichen können. Bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie müssen Kirche und Staat zusammenwirken. Der Staat soll nur nicht glauben, daß er mit der Sozialdemokratie allein fertig wird, er darf namentlich keine Schulgesetze machen, wie jetzt in Preußen, welche nur die Sozialdemokratie befördern würden. Sehr erfreulich war es für mich, zu hören, daß Herr Bebel nur auf friedlichem Wege vorzugehen beabsichtigt. Aber

kann er auch für seine Anhänger bürgen? Wir werden darum doch wohl einstweilen die Armee aufrecht erhalten und festigen müssen gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie. Wenn Herr Bebel ein Heilmittel gegen alle Schäden weiß, gut, so mag er es vorlegen. Ich möchte wohl kein Staatsrecht und kein Steuerrecht kennen lernen. Aber heute können wir unsere Hölle noch nicht entbehren. Ich behaupte ja nicht, daß sie die Lebensmittel nicht verteuern, aber die Landwirtschaft hat sich dabei erholt, und das ist den ländlichen Arbeitern auch in reichem Maße zu Gute gekommen. Das werden die Sozialdemokraten auch bald erfahren, wenn sie nur erst mit den kleinen Leuten auf dem Lande reden. Bisher haben sie Alles nur vom Hörensagen. Daß noch manche Mißstände herrschen mögen, kann sein. Wir arbeiten ja eben an der Besserung.

Abg. Dr. Hamburger (freil.): Ich möchte noch einige Worte zu den Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn bemerken. Ein deutsch-österreichischer Handelsvertrag, der Differentialzölle einführt, würde von meiner Partei unbedingt abgelehnt werden. Es muß ein Vertrag zu Stande kommen, wie wir in den 60er Jahren ihn öfter geschlossen haben, in welchem der Tarif gebunden wird. Denn wichtiger, als die Höhe der Zölle ist deren Festlegung. Wie weit wir mit der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik gekommen sind, beweisen die Vorstellungen der bayerischen Regierung gegen die Viehsperrre. So kann es nicht weiter gehen. Gestern ist von Herrn Frege auch wieder der Wunsch nach Einführung der Doppelwährung ausgesprochen. Herr Frege mag sich doch fragen, wer wohl noch auf deutsche Anleihen zeichnen würde, wenn er nicht die Sicherheit hätte, Zinsen und Kapital in Gold zu erhalten. Das würden recht Wenige sein. Die Stellung des Abg. Windthorst gegenüber der Kolonialpolitik hat sich völlig geändert. Er ist aus einem Saulus ein Paulus geworden. Heute gehört er zu den stärksten Kolonialwärmeren und hofft sogar auf Kolonialniederlassungen in Südwestafrika. Vielleicht verlangt Herr Windthorst auch eine Eisenbahn von der afrikanischen Ostküste nach dem Kilimandscharo. Er würde ja die Mehrheit für sich haben, und ich bin überzeugt, die erste Lokomotive, die ins Innere Afrika's fährt, würde Windthorst heißen. (Große Heiterkeit.)